

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 70 (1991)
Heft: 4-5

Rubrik: Politische Revue

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweizerische Vertuscher-Partei . . .

In Bern wettet Christoph Blocher von der SVP gegen den Filz. Das ist populär. In Bern demonstriert die SVP wie der Filz funktioniert. Im Ausschuss des Bankrates der Berner Kantonalbank sassen in der entscheidenden Phase des Rey-Skandals nur SVP-Männer. Unter ihnen der SVP-Regierungsrat Ueli Augsburger, der dem Berner Staatspersonal den Teuerungsausgleich nicht gewähren will. Die SVP kämpft verbissen gegen die Veröffentlichung des Berichtes der Eidgenössischen Bankkommission. Der SVP-Filz und seine Verantwortlichen scheuen das Tageslicht. (pb)

. . . oder Waffenhändler-Partei

Der einst mächtigste Schweizer Waffenschmied Dr. Dieter Bührle wurde jüngst Mitglied der Schweizerischen Volkspartei (SVP)! Dort trifft er auf den ebenfalls Rüstungsunternehmer Dr. Christoph Blocher: Die SVP wird offenbar nicht nur das Sammelbecken ehemaliger NA-Mitglieder, sondern auch von Waffenhändlern und könnte sich deshalb bei Gelegenheit auch in SWP umbenennen. Sie würde damit aber kaum populärer. Denn das Volk hält nichts vom Schweizer Waffenhandel mit den allzuoft sehr obskuren und undemokratischen Regimes im Ausland. Der Golfkrieg hat den Leuten die Augen endgültig geöffnet. So wird die die SVP vermutlich ihr V nicht in ein W umstellen. Schweizerische Vetterli-Partei ist ja auf jeden Fall viel schöner. (rz)

Schweizerischer Grossverdiener-Verband

Kaum ist der Versuch der Autopartei kläglich gescheitert, holt nun der

Schweizerische Gewerbeverband (SGV) mit einer Initiative zum Schlag gegen die Direkte Bundessteuer aus. Steuerabbau ist Trumpf. Wie unsozial und problemlösungsfeindlich diese dauernde Staatsdemontage von rechts wirkt, zeigt die Defizitwirtschaft verschiedener Kantone, die sich in den letzten Jahren mit Steuergeschenken in die finanzpolitische Sackgasse manövriert haben. Es ist anzunehmen, dass der SGV mit seiner Organisationskraft im Gegensatz zur Autopartei bei der Unterschriftensammlung keine grösseren Schwierigkeiten haben wird. Dennoch dürfte das Anliegen kaum die vordergründig erhoffte Popularität haben. Die Abschaffung der Direkten Bundessteuer bedeutet effektiv die Abschaffung einer bescheidenen aber gerechten Reichtumssteuer. Sie zu beiseitigen, heisst Politik gegen die Volksmehrheit machen. In diesem Sinn ist die neueste SGV-Initiative auch alles andere als Gewerbepolitik. Der SGV wird langsam aber sicher zum Schweizerischen Grossverdiener-Verband. Doch die Kleingewerbler merken das wohl nie . . . (rz)

Ogis kühner Murks gegen Volksentscheid

Vor den Atomabstimmungen im Herbst 1990 war für Bundesrat Adolf Ogi bekanntlich ein Ja zum Moratorium der Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie. Nach dem Ja vom 23. September 1990 mochte sich der Energieminister nur ungern an seine Angstmacher-Interpretation vor dem Urnengang erinnern. Die Konsequenzen waren ihm politisch unangenehm. Erst intensive Gespräche mit allen Seiten und einer Einigung der Bundesratsparteien ermöglichte schliesslich das am Energiesparen orientierte Programm «Energie 2000» als Konsequenz aus dem Volksentscheid. Das Atom-Moratorium braucht einen energiepolitischen Vollzug. Völlig unglaubwürdig ist deshalb der neueste

Purzelbaum Bundesrat Ogi: Vor dem Schweizerischen Verband für Atomenergie (SVA) bezeichnete Adolf Ogi das Atom-Moratorium als Chance die Option Atomenergie weiterzuentwickeln. Der sich gerne volksnah interpretierende Landesvater verkehrt und murkst einen unmissverständlichen Volksentscheid kühn in sein Gegenteil. Das ist in der direkten Demokratie Schweiz ein starkes Stück. Ogi hängt nicht nur offensichtlich mit der Atomoption weiter einer politischen Fiktion an. Er wirft auch gleich noch Volksentscheide auf den seinen Misthaufen der Geschichte. Der momentan professionell Wahlkämpfer für die SVP dürfte dabei die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben. (rz)

Unklare FDP-Politik – umso klarere Dusche der «NZZ»

Der Freisinn hat eine Einigung der Bundesratsparteien in der Asylfrage mit verhindert. Im letzten Moment legte er gänzlich unrealistische Forderungen auf den Tisch: Er verlangte generelle Asylberwerber-Quoten, wo selbst im freisinnigen Wahlprogramm nur von Länderquoten im Zusammenhang mit Europa die Rede ist. Eine solch unhaltbare Politik würde uns zur Kündigung der Flüchtlingskonvention zwingen. Deshalb wurde der Freisinn selbst in der «NZZ» klar abgeduscht. Inzwischen haben auch die Chefs der kantonalen Fremdenpolizeien einen 14seitigen Bericht abgeliefert. Dort, wo der Bericht konkret und bedenkenswert ist, kritisiert er die schlecht organisierte Arbeit des zuständigen Bundesamtes. Der Bundesrat zwang die freisinnige Bundesrätin Elisabeth Kopp einen Flüchtlingsdelegierten zu engagieren. Nach langem Zögern erwähnte Frau Kopp den freisinnigen Peter Arbenz. Herr Arbenz ist organisatorisch für diesen Bereich zuständig. Und jetzt, wo dort einiges schief läuft, giessen die Freisinnigen mit der SVP Oel ins Feuer, um von der Unfähigkeit

der eigenen Leute abzulenken. Diese Politik spiegelt den Zustand einer Partei, die in bezug auf die wesentlichen Fragen des Landes keine klare Politik mehr verfolgt. (pb)

Ein Bankier hat genug von SVP-Blocher

Unter Applaus aus dem Publikum hat an einem Wahlhearing des Magazins «Politik und Wirtschaft» der Bankier Hans J. Bär als Fragensteller den SVP-Nationalrat Christoph Blocher unerwartet deutlich kritisiert: «Wie können Sie Präsident einer Partei sein, die mit ihrer Werbung eine derart polemische Politik betreibt?», soll Bär den SVP-Polterer gefragt haben, nachdem er aus einem SVP-Inserat zitiert hatte, das im Zusammenhang mit der Europa-integrationspolitik von fremdem Joch, fremden Richtern, mehr Arbeitslosen, Verlust von Volks- und Freiheitsrechten usw. geredet hat. Blocher blieb von der Managerschelte ungerührt. Er kann offensichtlich damit leben, im von ihm verteuflten Europa Geschäfte zu machen und hierzulande mit Anti-Europa-Polemik auf Stimmenfang zu gehen. Beruhigend nur, dass das offenbar immer mehr aufmerksamen Zeitgenossen sauer aufstösst. (rz)

So geht es beim Tages-Anzeiger weiter

Unter diesem Titel war im Tages-Anzeiger vom 14. September zu lesen, dass die Redaktion wütend, ratlos und traurig sei über den knallharten Rauswurf ihres journalistisch einwandfrei qualifizierten Chefs. Die drei so klagenden Redaktoren beruhigen dann die Leserschaft, trotz kritischer Kommentare der «Konkurrenzmedien», ändere am Kurs des Tagi nichts. «Dies ist unser Wille, und wir wissen, dass es auch der Wille unseres Verlegers Heinrich Hächler ist.» Bei so viel allseitigem guten Willen, fragt sich nur, weshalb denn Chefredaktor Viktor Schlumpf vor die Tür gestellt worden ist ... (rz)

Endlich Transparenz bei Infras – und bei anderen?

Dem wahlpolitisch motivierten Vorstoss von SVP-Nationalrat Maximilian Reimann sei Dank, wissen wir jetzt endlich, was für Expertenaufträge das Zürcher Oeko-Büro Infras für den Bund erledigt hat. Im freisinnigen Pressedienst freut sich denn auch FDP-Nationalrat Ernst Cincera. Endlich werde einmal der rot-grüne Filz aufgedeckt. Auch wir freuen uns über die dringend nötige Transparenz. Wir fordern sie – im Gegensatz zu SVP und FDP – seit langem für Verwaltungsratsmandate und deren übermässige Entschädigungen. Und für Expertenaufträge ist sie vor allem auch deshalb nötig, weil sie – entgegen Cinceras Auffassung – nicht ausgeschrieben, sondern eben den geeignetsten Expertinnen und Experten vergeben werden. Diese Bundeshausexperten müssen wir deshalb ab sofort alle kennen. Bisher kennen wir aber nur den Auftragsumfang von Infras. Die bestimmt grösseren Expertisensummen beispielsweise ans Ingenieur-Büro Basler und Hofmann (also an die Firma von Reimanns Fraktionskollegen und SVP-Nationalrat Konrad Basler) oder an die der Atomlobby nahestehende Elektrowatt AG – um nur zwei der bedeutendsten zu nennen – sowie an Treuhandfirmen und PR-Agenturen sind noch alle unbekannt. Nun kommt aber sicher auch hier mehr Transparenz. Sonst bleibt Reimanns Vorstoss wirklich nur ein flacher Wahlgag, der erst noch in die Hosen gegangen wäre. (rz)

Die Armee als Wahlkampfthema

Die Militärausgaben als Wahlkampfthema interessieren nicht nur die SP Schweiz. Nein, die Offiziersgesellschaft des Kantons Zürich – aus entgegengesetzter Sicht natürlich – hat beschlossen, auf diesem Thema ins

Wahlgeschehen einzugreifen. Deshalb zirkulierte im Sommer bei vielen Kandidatinnen und Kandidaten ein entsprechender Fragebogen. Wer aber eine fachpolitische Erhebung über Sicherheitspolitik, ihre Methoden oder Bedrohungsbilder erwartet hat, musste enttäuscht das Fragenpaket zur Seite legen. Die Offiziere erwarten, wie den gestellten Fragen unschwer zu entnehmen ist, von den künftigen Volksvertreterinnen und -vertretern vorab ein Ja zum F/A-18, Engagement für eine «starke Armee» und auf jeden Fall die Erhöhung der Rüstungsausgaben. Mit anderen Worten: Auf der Empfehlung der Zürcher Offiziere dürften Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fehlen. Weil aus SP-Sicht die schweizerischen Sicherheitsbedürfnisse etwas differenzierter zu beurteilen sind. Und weil weiter das Budgetwachstum beim Militär nicht wieder ins Unendliche steigen darf. Und weil schliesslich das 3,5 Milliarden schwere Kampfflugzeug für die Schweiz wirklich nicht nötig ist. (rz)

**Wenn Ihr am
19./20. Oktober
zu Hause auf dem
Sofa sitzen bleibt,
wählt Ihr bürgerlich!**
